

Standpunkt der vaka zum Evaluationsbericht «Verselbständigung der Kantonsspitäler»

Bericht bestätigt den eingeschlagenen Weg. Die politische Diskussion zieht teilweise andere Schlüsse.

Der Evaluationsbericht kommt in den zentralen Fragen zu einem klaren Ergebnis: Die Verselbständigung der Kantonsspitäler war richtig. Die Aktiengesellschaft wird weiterhin als geeignete Rechtsform bestätigt. Die Governance-Strukturen, die Eigentümerstrategien und die Kompetenzordnung werden grundsätzlich als zweckmässig und teilweise sogar als vorbildlich beurteilt.

Wer den Bericht als Ganzes liest, erkennt: Das Problem liegt nicht bei der Rechtsform und nicht bei fehlenden Einflussmöglichkeiten des Eigentümers. Der Handlungsbedarf betrifft die praktische Zusammenarbeit, den Informationsfluss, die Transparenz und die konsequente Wahrnehmung der bestehenden Rollen.

Gerade deshalb stellt sich die Frage, weshalb heute teilweise politische Schlussfolgerungen diskutiert werden, die nicht vollständig mit den Kernaussagen des Berichts, der Gesundheitspolitischen Gesamtplanung 2030 und den Eigentümerstrategien des Kantons übereinstimmen.

Drei Widersprüche in der aktuellen Diskussion

1. Der Bericht bestätigt die Autonomie – diskutiert wird mehr Einflussnahme

Der Evaluationsbericht hält fest, dass die angestrebte Autonomie der Spitäler erreicht wurde und die heutige Kompetenzordnung grundsätzlich funktioniert. Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen verfügen über die notwendigen Kompetenzen und tragen die entsprechende Verantwortung. Gleichzeitig werden zusätzliche Informations-, Kontroll- und Einflussinstrumente des Eigentümers diskutiert, obwohl der Bericht selbst keinen Anlass liefert, die bestätigte Autonomie einzuschränken.

2. Die GGpl 2030 will Rollenkonflikte reduzieren – die Diskussion tendiert in die Gegenrichtung

Kanton ist gleichzeitig Eigentümer, Regulator, Leistungsbesteller und Mitfinanzierer der Kantonsspitäler. Genau diese Mehrfachrolle beschreibt der Bericht als zentrale Governance-Herausforderung. Die Gesundheitspolitische Gesamtplanung 2030 sowie die Eigentümerstrategien verfolgen deshalb ausdrücklich das Ziel, Rollen zu klären und Interessenkonflikte zu reduzieren – eine vom Grossen Rat beschlossene Stossrichtung. Instrumente, welche die Rollen von Eigentümer und Unternehmensführung wieder stärker vermischen würden, laufen dieser Zielsetzung entgegen.

3. Der Bericht findet keinen Nachweis, dass mehr Politik bessere Spitäler macht.

Der Bericht selbst liefert keinen Beleg, dass stärkere politische Einflussnahme zu besseren wirtschaftlichen Ergebnissen führt. Im Gegenteil: Wirtschaftlicher Erfolg hängt gemäss Bericht primär von guter Führung, klaren Verantwortlichkeiten, geeigneten Rahmenbedingungen und einer funktionierenden Governance ab – nicht von zusätzlicher politischer Steuerung. Die Lehre des Berichts lautet deshalb nicht «der Kanton muss mehr führen», sondern «die bestehenden Rollen müssen konsequenter gelebt werden».

Ein Beispiel für dieses Spannungsfeld: Die Einsitznahme des Kantons in Verwaltungsräte

Besonders deutlich zeigt sich diese Spannung bei der diskutierten Einsitznahme von Kantonsvertretern in die Verwaltungsräte der Kantonsspitäler. Der Bericht bestätigt, dass die heutige Governance, die Kompetenzordnung und die Autonomie der Spitäler grundsätzlich funktionieren. Gleichzeitig hält er fest, dass die grössten Herausforderungen in der praktischen Zusammenarbeit, im Informationsfluss und im gegenseitigen Vertrauen liegen. Trotzdem wird als mögliche Massnahme eine stärkere Vertretung des Kantons in den Verwaltungsräten diskutiert. Dabei stellt sich eine grundsätzliche Frage: Soll ein Rollenkonflikt dadurch gelöst werden, dass die Rollen noch stärker vermischt werden?

Die GGpl 2030 und die Eigentümerstrategien verfolgen gerade das Gegenteil: klare Verantwortlichkeiten und eine saubere Trennung zwischen Eigentümer- und Unternehmensrolle. Eine Einsitznahme des Kantons mag zusätzliche Informationen liefern. Sie stärkt aber nicht automatisch die Governance. Vielmehr besteht die Gefahr, dass die Trennung zwischen Eigentümer und Unternehmensführung weiter vermischt wird – genau jene Trennung, welche mit der Verselbständigung bewusst geschaffen und vom Bericht heute ausdrücklich bestätigt wird.

Die entscheidende Aufgabe besteht deshalb nicht darin, den Eigentümer näher an operative Entscheide heranzuführen. Sie besteht darin, Transparenz, Vertrauen und Informationsfluss zu verbessern, ohne die bewährte Rollenteilung infrage zu stellen.

Nicht mehr Einfluss, sondern klarere Rollen

Die vaka unterstützt ausdrücklich:

- Transparenz,
- eine ausführliche Risikoberichterstattung,
- klare Informationswege,
- einen professionellen strategischen Dialog zwischen Eigentümer und Unternehmen,
- eine konsequente Umsetzung der Eigentümerstrategien.

Diese Instrumente stärken die Governance. Sie dürfen jedoch nicht dazu führen, dass Verantwortung schrittweise von Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen zurück in die Politik verlagert wird.

Denn gute Governance basiert auf einem einfachen Grundsatz: **Wer Verantwortung trägt, muss entscheiden können. Wer entscheidet, muss Verantwortung tragen.**

Eine Vermischung dieser Rollen schafft keine bessere Governance, sondern neue Rollenkonflikte.

Fazit

Der Evaluationsbericht bestätigt die Richtigkeit der Verselbständigung, die Zweckmässigkeit der Aktiengesellschaft und die grundsätzliche Qualität der heutigen Governance. Diesen Befund begrüsst die vaka ausdrücklich. Gerade deshalb sollten die daraus gezogenen politischen Schlussfolgerungen konsequent an den bestehenden Leitplanken des Kantons gemessen werden.

Die Gesundheitspolitische Gesamtplanung 2030 und die Eigentümerstrategien verlangen klare Rollen, klare Verantwortlichkeiten und eine Reduktion von Rollenkonflikten. Die Antwort auf die heutigen Herausforderungen kann deshalb nicht darin bestehen, genau diese Rollenkonflikte wieder zu verstärken.

Die Zukunft der Aargauer Spitalversorgung braucht nicht zusätzliche politische Detailsteuerung. Sie braucht klare Leitplanken, kompetente Verwaltungsräte, starke Geschäftsleitungen und einen Eigentümer, der seine strategische Rolle konsequent wahrnimmt.

Der Evaluationsbericht liefert dafür die Grundlage. Die politische Diskussion sollte diese Grundlage nicht aus den Augen verlieren.